Hamburg. Nach der „Hamb. Börsenhalle" hat die Commerz- und Diskontobank in Hamburg gemeinschaftlich mit anderen Theilnehmern eine Aktiengesellschaft für den Bergbaubetrieb unter der Firma „Norddeutsche Braunkohlenwerke-Gesellschaft" mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark errichtet.

Hamburg. In der heutigen öffentlichen Versteigerung wurden die Rechte und Anlagen des Bärentinsel-Syndikats der Firma Knohr u. Burchart Nachf. für 40,000 Mk. zugeschlagen. Theodor Lenner ließ einen Protest gegen den Verkauf zu Protokoll geben.

Bremen. Die Rettungsstation Rügenwaldermünde der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphirt: Von einem hier heute beim Einsegeln gekenterten deutschen Fischerkutter Nr. 32 wurden 2 Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet. Ein Mann ist ertrunken.

Wismar. In Folge des Nordoststurmes trat in voriger Nacht im hiesigen Hafen Hochwasser ein. Die Straßen in der Nähe des Hafens wurden überschwemmt. Das Wasser steigt weiter.

Stolp. (Pommern.) Vor dem Lebaer Hafen sind heute früh bei Nordsturm 4 Kutter gekentert. Sämmtliche Mannschaften sind ertrunken. Es fehlen noch mehrere Kutter.

Rostock. Der hier hochangesehene Rechtsanwalt Kortüm vergiftete sich in Lugano. Die bisher festgestellten Passiven belaufen sich auf nahezu 500,000 Mk., während Aktiva fast gar nicht vorhanden sind.

Wien. Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung.) Abg. Herold weist auf die Vorgänge des gestrigen Tages, sowie darauf hin, daß man einzelne Abgeordnete im Hause beschimpft habe, entgegen allem parlamentarischen Anstand. Abg. Kayler erklärt, die Czechen, die selbst den parlamentarischen Anstand oft verletzten, hätten kein Recht, von Anstand zu sprechen. Es wird dem entgegen getreten. Nachdem noch Abg. Herold in ähnlichem Sinne gesprochen, erklärt Präsident v. Fuchs, daß er die gestrigen Vorfälle auf das Tiefste bedaure, jedoch wenig dagegen einwirken könne, da ihm die Geschäftsordnung kein entsprechendes Mittel an die Hand gebe. Nach vier namentlichen Abstimmungen wurde die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf heute Abend 7 Uhr angesetzt mit der Tagesordnung: Wahl der Quotendeputationen.

Wien. In der Aula der Universität fanden heute Mittag Schlägereien zwischen deutsch-nationalen und katholischen Studentenverbindungen statt; letztere wurden aus der Aula hinausgedrängt. Wie die Blätter melden, räumte die Polizei mit gezogenem Säbel die Rampe vor der Universität.

Prag. Die czechischen Blätter richten heftige Angriffe gegen den Ministerpräsidenten und verwerfen entschieden die Sprachengesetzentwürfe. Die jungczechische „Narodni Listy" erklärt die Vorschläge des Ministerpräsidenten als eine schwere Beleidigung der czechischen Nation, auf die es nur eine Antwort gebe, die Obstruktion.

Neapel. Heute Vormittag wurde in Gegenwart des Königs und der Königin, des Prinzen von Neapel, sowie der Präsidenten der Kammern die hygienische Ausstellung in feierlicher Weise eröffnet.

Neapel. Die Eruptionen des Vesuvs dauern fort. Bei dem Observatorium wurden vier englische Touristen, die trotz des Verbots sich dem Krater näherten, von Lavamassen überrascht und schrecklich zugerichtet. 50 Meter vom Hauptkrater ist ein neuer kleiner Krater entstanden, der heftig arbeitet.

Neapel. Die Eruption des Vesuvs hat in gewaltigem Maße zugenommen. Das Observatorium meldet, daß die seismographischen Instrumente in sehr starker Erregung sind. Eine gewaltige Rauchsäule schwebt über dem Vesuv. Die Erderschütterungen sind sehr heftig.

Madrid. Morgen erfolgt im ganzen Lande die Schließung der Fabriken, Geschäfte, Schlachthäuser und Läden gemäß dem Aufruf des Nationalverbandes. In Catalonien kommt die Aufregung nicht zum Stillstand. Allenthalben spricht man von dem nahen Rücktritt der Regierung. — Aus Manila wird gemeldet: 3000 Aufständische griffen am 4. Mai die Stadt Bulan an und vertrieben die amerikanische Besatzung, sie tödteten dann viele Spanier.

London. Dem Reuter'schen Bureau wird aus Smaldeel vom 8. d. M. gemeldet: Nach hier eingegangenen glaubwürdigen Berichten verläßt der Feind den Zandfluß und zieht sich in der Richtung auf den Vaalfluß zurück. Nach anderen Berichten befindet sich die Burenstellung bei Boschrand, südlich von Kroonstad. Eine große Anzahl Burghers hat sich den britischen Behörden gestellt und ihnen Mausergewehre und Pferde ausgeliefert. Sie berichten, daß zwischen den Freistaatburen und den Transvaalburen großer Streit herrsche, welcher zur sofortigen Unterwerfung der Freistaatburen führen dürfte. General French ist zur Armee des Feldmarschall Roberts gestoßen.

Petersburg. Die „Rossija" spricht sich in ihrem heutigen Leitartikel sympathisch über die Absendung des Telegramms des Kaisers Wilhelm an den Vice-König von Indien aus. Das russische Blatt kommentirt das Telegramm des Kaisers, wobei es den weiten politischen Horizont des Kaisers hervorhebt und dessen große Begabung rühmt.

Simla. In ganz Indien ist die Pest in wesentlicher Abnahme begriffen.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 206,80. Disconto 180,60. Dresdner Bank 155,50. Staatsbahn 136,90. Lombarden 26,80. Laurahütte 203,60. Ungar. Gold —,—. Portugiesen 24,60, fest.

Paris. (5 Uhr Nachmittags.) Rente 100,87½. Italiener 95,10. Spanier 72,50. Portugiesen 24,10. Türken 23,10. Türkenlose 121,70. Ottomanbank 574,00. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—, träge.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Mai 19,65, per Sept.-Dezbr. 21,30, matt. Spiritus per Mai 36,50, per Septbr.-Dezember 36,75, fest. Rüböl per Mai 64,75, per Septbr.-Dezbr. 65,75, behauptet.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per Mai —, per November 180, unv. Roggen per Mai —, per Oktober 132, unverändert.

London. Produktenbericht. Sämmtliche Getreidearten matt, gemischter amerikan. Mais ¼ Sh. niedriger als Montag, schwimmende Gerste ¼ Sh. niedriger, schwimmender Hafer ¼ Sh. billiger angeboten. — Wetter: Regen.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König hat den zeitherigen Amtsrichter Dr. jur. **Böhme** zum Bergamtsrathe und zum Professor des Bergrechts und der allgemeinen Rechtskunde an der Bergakademie ernannt und dem technischen Direktor des Gersdorfer Steinkohlenbauvereins, Bergdirektor **Jobst** zu Gersdorf, das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens verliehen.

— Dem Herrn Stadtgärtner **Degenhard** ist der Titel eines Stadtgartendirektors verliehen worden. Die Auszeichnung, welche diesem verdienten Manne damit zu Theil wurde, wird sicher weit über die Kreise seiner Berufsgenossen hinaus mit aufrichtiger Freude begrüßt werden.

— In der Nacht zum 9. d. M. ist hier Herr Landgerichtspräsident a. D. Carl Theodor **Brückner** im 77. Lebensjahre sanft verschieden. Der Entschlafene, ein namhafter Jurist, war bis in sein hohes Alter stellvertretender Vorsitzender der Disziplinarkammer.

— **Landtag.** Die **Zweite Kammer** nahm in ihrer gestrigen Sitzung den Antrag der Abgg. Dr. Mehnert und Georgi **die Aufbringung erhöhter Mittel aus direkten Steuern** betreffend in allgemeine Vorberathung. Präsident Dr. **Mehnert** spricht zunächst Allen, welche dazu mitgewirkt haben, zu einem gemeinsamen Resultate in der vorliegenden Angelegenheit zu gelangen, sowie der Regierung dafür, daß sie der „Freien Kommission" vergleichende Berechnungen zur Verfügung gestellt, und endlich dem Oberbürgermeister a. D. Dr. Georgi-Leipzig für das seinerseits zur Verfügung gestellte Material Dank aus und geht darauf ausführlich auf die Begründung seines Antrages ein. Die Verhandlungen in der Freien Kommission haben sehr bald zu der Ueberzeugung geführt, daß, wenn überhaupt etwas erzielt werden könne, dies nur auf dem Wege des Kompromisses möglich sei. Die u. A. in Vorschlag gebrachte Gewerbesteuer anlangend, habe man sich durchaus nicht verhehlt, daß eine solche vielleicht als eine reaktionäre Maßnahme verschrieen werden könne, und daß deren Erhebung Schwierigkeiten bereite, bei gutem Willen werde es aber wohl möglich sein, eine Gewerbesteuer einzuführen, die die kleineren und mittleren Gewerbe nicht bezw. nicht hart treffe und recht wohl geeignet ist, das Verhältniß von Leistung und Gegenleistung zwischen Kommune und Gewerbetreibenden einigermaßen steuerrechtlich in die rechten Wege zu lenken. Die Gewerbesteuer solle den Kommunen zufließen, denn gerade das Gewerbe stelle an diese besondere Ansprüche. Die Kommission habe sich weiter überzeugen müssen, daß weder in diesem, noch im jenseitigen Hause eine Mehrheit für die Vermögenssteuer, wie sie im vorigen Landtage vorgeschlagen war, zu erlangen sei. Daraus resultire der Vorschlag, darauf insoweit zu verzichten, als sie den immobilen Grundbesitz betreffe. Mit der vorgeschlagenen Progression der Einkommensteuer-Skala habe man den Grundsatz, der schon lange in der Kammer zum Ausdruck gebracht worden sei und der auf früheren Beschlüssen der Finanzdeputation basire, befolgt und es sei wohl nur eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die sog. Horizontale wegfallen müsse. Der vorgeschlagene Weg dürfte der richtige sein, auf dem die Steuerreform vor sich gehen könnte. Die Vorschläge seien möglichst allgemein gehalten und das Weitere sei der Regierung zu überlassen. Schließlich auf die Frage der Wohnungsgeldzuschüsse eingehend, nimmt Redner auf eine Aeußerung des Freiherrn v. Trützschler-Falkenstein in der Sitzung der Ersten Kammer vom Dienstag Bezug und meint, daß, wenn die Sachlage so ist, wie sie vom Herrn Finanzminister geschildert worden und daß eine Nothlage bei den Beamten vorhanden ist, es unbedingte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung gewesen wäre, darauf zuzukommen, schon jetzt etwas auf dem Gebiete zu thun, anstatt die Leute bis 1902 zu vertrösten. Die Folge davon sei, daß allgemein die Anschauung herrsche, die Stände-Versammlung habe sich der Frage der Gewährung von Wohnungsgeldern gegenüber ablehnend verhalten und trage nun die Schuld, daß die betr. Vorlage nicht sofort Gesetzeskraft erlangt habe. Leider sei es auch unter den Beamten viel zu wenig bekannt, daß thatsächlich auch der Regierungsvorschlag die Gewährung von Wohnungsgeldern vom 1. Januar 1902 ab in Aussicht genommen habe. In verschiedenen Zuschriften würden den Ständen Vorwürfe gemacht. Er halte das nicht für einen Weg, um die Sympathien in diesem Hause für den angedeuteten Zweck zu erhöhen. Thatsächlich könne der Regierung der Vorwurf nicht erspart werden, daß ihr Vorgehen, wenn auch nicht gewollt, in gewisser Beziehung dazu geführt habe, die Stände verantwortlich zu machen für die jetzige Situation. Derartige Vorwürfe gegen die Stände mit aller Energie zurückzuweisen, halte er für seine Pflicht. Wenn man Aeußerungen höre, daß für die Landwirthschaft 3 Millionen gegeben worden seien, die aber doch nur auf Borg gegeben worden und daß man nur ein paar Eisenbahnen weniger zu bauen brauche, so sei es zu bedauern, daß man in den betr. Kreisen so wenig Verständniß für unsere Etatverhältnisse habe. Darüber, daß die Aufbringung der für die verschiedenen Zwecke nothwendigen Mittel unter keinen Umständen durch allgemeine Zuschläge zur Einkommensteuer erfolgen könne, sei man in der Kammer, glaube er, allenthalben einig. Es ist nicht angängig, Denjenigen, die wenig haben, etwas zu nehmen, um Denen, die mehr haben, wenn auch in bescheidenen Grenzen, etwas davon zu geben. Dieser Gedanke sei auch in der Ersten Kammer zum Ausdruck gelangt. Redner bittet schließlich die Kammer, den Vorschlägen ihr Wohlwollen zu schenken und ersucht die Regierung, den Versuch zu machen, auf diesem Wege weiter zu gehen und in den angedeuteten Richtungen dem nächsten Landtage Gesetzentwürfe vorzulegen. (Bravo!) Ministerialdirektor Geh. Rath Dr. **Diller** erwidert dem Vorredner auf die von diesem gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe, daß die Regierung, nachdem die Erörterungen abgeschlossen gewesen, die Vorlage über die Wohnungsgelder den Ständen unterbreitet. Die Vorlage selbst sei erst in der zweiten Hälfte des Januar zum Abschluß gelangt; früher hätte also eine Vorlage gar nicht an die Stände gelangen können. Allerdings habe die Regierung von vornherein die Gewährung von Wohnungsgeldern nicht bereits von dieser Periode ab in Aussicht genommen gehabt, angesichts der Unmöglichkeit, in dieser Periode die nöthigen Mittel bereit zu stellen. Er konstatire, daß die Regierung der Ansicht gewesen, daß die Materie viel zu komplizirt und schwierig sei, um in verhältnißmäßig kurzer Zeit durchberathen zu werden und beide Kammern zu durchlaufen. Darauf habe die Regierung auch ihren Vorschlag auf Einsetzung einer Zwischendeputation gegründet. Wenn es nicht gelungen sei, zu einem solchen Beschlusse zu gelangen, so sei das für die Regierung bedauerlich, wenn auch die Geneigtheit der Kammer, der Beamtenschaft zu helfen, von dem in Aussicht genommenen Zeitpunkte ab konstatirt sei. Der Beamtenschaft und den Deputationen gegenüber habe sich die Regierung auch stets dahin ausgesprochen, daß es früher nicht möglich sei zu helfen und daß sich die Beamten bescheiden müßten und auch bescheiden würden, wenn sie nur Aussicht haben, daß die Hilfe von nächster Periode ab eintritt. Er habe eine viel zu hohe Meinung von den Beamten, als daß er glauben könnte, daß sie dieser Mahnung nicht Gehör schenken würden. Wenn die irrigen Anschauungen darüber, ob nicht jetzt schon etwas geschehen könne, in einer von der Regierung gewiß nicht gebilligten Weise zum Ausdruck gekommen seien, so könne die Regierung dafür doch gewiß nicht verantwortlich gemacht werden. Bezüglich eines in der „Leipziger Zeitung" in dieser Beziehung erschienenen Artikels konstatirt Redner, daß die Regierung diesem vollständig fern stehe und ihn in keiner Weise billige. Er lehne Namens der Regierung die Verantwortlichkeit für jeden Zeitungsartikel ab. Wenn die Auslassungen der Beamten auch vielleicht in der Form nicht zu billigen seien, so bitte er sie doch nur als den Ausdruck eines dringenden Bedürfnisses nach Abhilfe aufzufassen. Vicepräsident **Georgi**-Mylau (nat.-lib.) schließt sich den Ausführungen des Präsidenten Dr. Mehnert an. Die von diesem bezüglich der Wohnungsgelder erhobenen Vorwürfe könne er durch die Erklärungen des Vorredners nicht als widerlegt ansehen. Der Fehler liege darin, daß die Regierung sich nicht damit begnügt habe, eine Vorlage für den nächsten Landtag in Aussicht zu stellen, sondern eine bereits in allen Einzelheiten ausgearbeitete Vorlage gemacht habe mit einem Bedarf von 6 Millionen, ohne selbst sagen zu können, woher diese genommen werden sollen. Auf Vorschlag des Direktoriums wird der Antrag hierauf sogleich in Schlußberathung genommen. Abg. **Richter**-Großschönau ist dem Antrage anfänglich mit einem gewissen Mißtrauen begegnet, doch sei er nicht so schlimm ausgefallen, wie er sich gedacht habe. Mit Ausnahme der Gewerbesteuer stehe er ihm sympathisch gegenüber und werde dafür stimmen. Abg. **Enke**-Leipzig (deutsch-soz.) stimmt dem Grundgedanken des Antrags zu, die neuen Bedürfnisse nicht durch allgemeine Zuschläge, sondern durch Revision der Einkommensteuerskala und Erhöhung der Progression zu decken und Ergänzungssteuern auf das Vermögen hinzuzufügen. Er halte das unbewegliche Vermögen durch die beizubehaltende, aber revisionsbedürftige Grundsteuer ausreichend getroffen, die Ergänzung habe sich also auf bewegliches Vermögen zu erstrecken. Was bewegliches Vermögen ist, sei noch festzustellen. Zweifelhaft sei es, ob fertiges Waarenlager dazu gehöre. Schweren Herzens habe er der Gewerbesteuer zugestimmt. Er halte das Gewerbe, wenigstens soweit es Arbeiter beschäftige, für mehr als ausreichend belastet durch die Lasten der sozialen Gesetzgebung. Diese Lasten hätten meist nicht abgewälzt werden können. Es sei Thatsache, daß trotz der sozialpolitischen Lasten die Waaren billiger geworden seien. Hier spreche das großkapitalistisch betriebene Gewerbe mit. Er betrachte die Gewerbesteuer als einen Ausgleich insofern, als jetzt viele Gewerbebetriebe: Banken, Versicherungsgeschäfte, Annoncenbureaux, Grossogeschäfte ohne Fabrikbetrieb keine der sozialpolitischen Lasten zu tragen haben, deshalb anderweit mit herangezogen werden könnten. Er bitte, die Gewerbesteuer namentlich von den genannten Gesichtspunkten zu erfassen. Er verstehe nicht, warum man die Kapitalrentensteuer weglassen wolle. Zwei Millionen Ertrag sei doch ansehnlich und mitzunehmen. Ministerialdirektor Dr. **Diller** bemerkt, daß die Allgemeinheit der gemachten Vorschläge doch sehr erhebliche Schwierigkeiten bei der Ausführung bieten werde, doch sei die Regierung gern bereit, in die Erwägung der Vorschläge einzutreten, die Regierung werde Alles thun, um den leidigen Steuerstreit wenigstens für einige Zeit aus der Welt zu schaffen. Sei es aber nicht möglich, auf der gegebenen Linie weiterzubauen, so werde es die Regierung für ihre Pflicht erachten, auseinanderzusetzen, warum es nicht möglich gewesen sei. Abg. **Ahnert**-Zwenkau ist mit dem Antrage mit Ausnahme der Gewerbesteuer einverstanden. Für letztere fehle jeder Nachweis der Nothwendigkeit und es liege keine Veranlassung vor, eine Beunruhigung in das Gemeindesteuerwesen hineinzutragen. Betreffs der Dotationen sei er auch durchaus abweichender Meinung und könne deshalb nicht im vollen Umfange für den Antrag stimmen. Die Abgg. **Matthes**-Schönbach und **Leupold**-Dresden erkennen die Nothwendigkeit der Aufbringung höherer Mittel an, können aber dem Antrage in dieser Form und Begründung nicht ihre Zustimmung geben. Nach dem Schlußworte des Mitantragstellers Vicepräsidenten Georgi erklärt Abg. **Rüder**-Roßwein, ebenfalls gegen den Antrag stimmen zu müssen, worauf zur namentlichen Abstimmung verschritten wurde. Der Antrag wurde mit 64 gegen 6 Stimmen angenommen. In der Schlußberathung über den Etat der Dotationen und des Reservefonds, sowie über den Entwurf des Finanzgesetzes auf die Jahre 1900/01 beschloß das Haus ohne Debatte nach den Anträgen der Deputation. — Den zu dem Kapitel Elsterbad gefaßten Beschluß auf Ermächtigung der Regierung zur Ueberweisung eines etwaigen Ueberschusses an einen Reservefonds, dem die Erste Kammer nicht beigetreten war, ließ die Kammer debattelos fallen, trat ebenso dem wegen Erhöhung des Beitrags der Stadt Dresden zu den Polizeikosten von der Ersten Kammer abweichend gefaßten Beschlusse bei und beschloß die bezügliche Petition der Stadt Dresden durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt zu erklären. Weiter stimmte das Haus den bei den Etatkapiteln über Armen- und Krankenpflege, Landwirthschaftliche ꝛc. Schulen und Berichtigung von Wasserläufen von der Ersten Kammer abweichend gefaßten Beschlüssen allenthalben zu, blieb dagegen bei seinem zu den Petitionen der Gemeinden Wachwitz, Groß-, Klein- und Neugraupa um Erbauung bez. Konzessionirung einer elektrischen Straßenbahn von Loschwitz nach Pillnitz bez. Pillnitz-Copitz-Pirna gefaßten Beschlüsse stehen. — Nächste Sitzung heute.

Die **Erste Kammer** nahm gestern ohne Debatte den Gesetzentwurf über die Gerichtskosten mit den von der Deputation vorgeschlagenen redaktionellen und materiellen Aenderungen an. Ebenso ertheilte die Kammer der Regierung auf den Rechenschaftsbericht für 1896/97 einstimmig und debattelos Entlastung. Ferner bewilligte das Haus einstimmig und ohne Debatte zur Herstellung eines Rangirbahnhofes bei Hilbersdorf in Verbindung mit der Anlegung einer Haltestelle am Küchwalde bei Chemnitz als dritte und letzte Rate 6,780,000 Mk. und zur Erbauung eines Betriebselektrizitätswerkes für die Chemnitzer Bahnhofsanlagen als erste Rate unter Abstrich von 300,000 Mk. 500,000 Mk. Oberbürgermeister Beutler berichtete über den Etat der direkten **Steuern, Zölle und Verbrauchssteuern**, einen zweiten Nachtrag zum ordentlichen Etat und die zu den betr. Kapiteln eingegangenen Petitionen. Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte, an welcher sich die Herren Kammerherr Sahrer v. Sahr-Dahlen, Freiherr v. Trützschler-Falkenstein, Ministerialdirektor Dr. Diller, Wirkl. Geh. Rath Meusel, Geh. Rath Prof. Dr. Wach und der Referent betheiligen. Das Haus beschließt allenthalben in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer nach den Deputationsanträgen. Ebenso beschließt das Haus bei dem Kapitel Hochbauverwaltung, die Einnahmen mit 20 Mk. und die Ausgaben mit 532,160 Mk. zu genehmigen. Weiter tritt die Kammer nach kurzer Debatte, an welcher sich die Herren Rittergutsbesitzer Dr. Pfeiffer, Graf v. Rex-Zedlitz und Ministerialdirektor Dr. Ritterstädt betheiligen, dem Antrage der Abgg. Steiger u. Gen. in einer von dem Beschlusse der Zweiten Kammer abweichenden Fassung einstimmig bei, beschließt dagegen bezüglich der Erklärung des Königl. Finanzministeriums zu dem von der Ständeversammlung 1897/98 der Regierung zur Erwägung überwiesenen Antrage der Abgg. Georgi und Dr. Mehnert zu dem Etatkapitel „Hochbauten" in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer. Es folgt die Berathung über die in den Dekreten 24 und 39 vorgelegten Eisenbahnbauten. Einstimmig und ohne Debatte nimmt das Haus die mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer übereinstimmenden Deputationsanträge an. Zu dem auf Umbau und Erweiterung der Sammlungsräume im Johanneum unter Verwendung der den Zwecken der Königl. Wagenhaltung dienenden Räume und Neubau eines Wagenhauses mit Wohnungen für diese Zwecke, sowie eines Requisitenhauses für die Königl. Hoftheater bezüglichen Titel des außerordentlichen Etats wurde beantragt, in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer unter Abstrich von 1,267,000 Mk zur Erbauung eines Theater-Requisitenhauses im kleinen Ostragehege 182,400 Mk. zu bewilligen, dagegen dem Beschlusse der Zweiten Kammer, die Regierung zu ersuchen, womöglich dem nächsten Landtage einen Gesammtplan über zukünftige Unterbringung der Sammlungen vorzulegen, nicht zuzustimmen. Hierbei verwahrt sich Oberbürgermeister Geh. Finanzrath a. D. **Beutler**, indem er sich auf die Verhandlungen über diesen Gegenstand in der jenseitigen Kammer bezieht, gegen die von dem Herrn Finanzminister gegen ihn gerichteten Angriffe, die er, so weit seine Person als Vorstand des Stadtraths in Frage komme, außer Acht lassen wolle, so weit sie sich aber gegen den Rath richteten, zurückweisen müsse, daß nämlich der Rath vom Branddirektor Thomas über die Feuergefährlichkeit des Johanneums gewissermaßen ein „bestelltes" Gutachten eingefordert habe. Ein solches Verfahren des Rathes würde einer groben Pflichtverletzung gleichkommen. Er, Redner, glaube aber annehmen zu dürfen, daß diese Unterstellung des Herrn Finanzministers nicht beabsichtigt gewesen sei. — Vom Regierungstische aus wird erwidert, daß die Erklärung der Regierung in der Zweiten Kammer keineswegs von Animosität getragen gewesen und daß es der Regierung jedenfalls fern gelegen habe, dem Herrn Oberbürgermeister bezw. dem Rathe irgend eine Illoyalität zur Last zu legen oder gar den Vorwurf einer Pflichtverletzung gegen ihn zu erheben. Ferner sprechen noch die Herren Kammerherr v. Schönberg, Graf v. Rex-Zedlitz, Geh. Reg.-Rath v. Seydlitz, Oberbürgermeister Beutler und der Referent Kammerherr Sahrer v. Sahr-Dahlen, worauf die Kammer antragsgemäß beschließt. — Schließlich läßt die Kammer nach den Deputationsanträgen die Petitionen der Gemeinderäthe zu Hermsdorf mit Brausenstein und Raum, den Ankauf von Areal des Rittergutes Hermsdorf seitens des Staatsfiskus und des Gemeindevorstands Liesch in Strohschütz, Jagdverpachtung betreffend, auf sich beruhen, wogegen die Petitionen der Schirrmeisters-Wittwe Wolfram in Chemnitz und Genossen und des pensionirten Lokomotivführers Reuber in Löbtau und Genossen um Pensionserhöhung der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen werden. Eine Petition des Gustav Bruno Zacharias in Dresden wird wegen Unklarheit für unzulässig erklärt. — Nächste Sitzung heute.

— **Deputationsanträge der Ersten Kammer.** Die 1. Deputation empfiehlt den Beitritt zu dem Beschlusse der Zweiten Kammer betreffs Vorlegung eines Gesetzentwurfs über Abänderung der Revidirten Städteordnung in dem Sinne, daß während des **Schwebens einer Untersuchung** wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das nach dem Strafgesetzbuche die Entziehung der Ehrenrechte zur Folge haben kann oder muß, und während der Dauer einer Suspension von einem öffentlichen Amte das Ehrenamt nur zu ruhen habe; dagegen soll dem weiteren Antrage der Zweiten Kammer, wonach im Falle der Verbüßung einer Freiheitsstrafe das Gemeindekollegium, welchem der Bestrafte angehört, darüber Entschließung zu fassen haben soll, ob derselbe in diesem Kollegium zu verbleiben oder auszuscheiden habe, und sowohl dem Betheiligten wie der Minderheit des Kollegiums gegen jene Entschließung das Rechtsmittel der Beschwerde eingeräumt werden soll, **nicht beigetreten** werden. Die 2. Deputation hat ebenfalls gegen einen Beschluß der Zweiten Kammer Stellung genommen, indem sie beantragt, dem Ersuchen an die Staatsregierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der den Ständemitgliedern, die an dem Orte, wo der Landtag gehalten wird, wesentlich wohnen, den Bezug der Hälfte der **Tagegelder** zubilligt, **nicht beizutreten**.

— Das Ministerium des Innern erläßt eine Bekanntmachung, die staatliche **Schlachtvieh-Versicherung** betreffend.

— Die fünfte Versammlung der **Sächsischen kirchlichen Konferenz**, welche von etwa 300 Personen besucht war, fand vorgestern Vormittag in Chemnitz statt. Als Vertreter des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums wohnte Herr Oberkonsistorialrath Clauß aus Dresden der Versammlung bei. Alsdann hielt der Vorsitzende, Herr Superintendent Meyer-Zwickau, eine kurze Begrüßungsrede und wies dabei u. A. darauf hin, daß zur Zeit in Sachsen ein Kampf für die Ehre des Protestantismus tobe. (Bravorufe.) Seit Jahren herrsche in Dresden der Brauch, daß evangelische Soldaten, Kadetten und Offiziere zu den gottesdienstlichen Handlungen in der katholischen Hofkirche herangezogen werden und vor dem Sanktissimum Haupt und Knie beugen müßten. Auch die widersprechenden Artikel im „Vaterland" und in der Königl. „Leipziger Zeitung" könnten diese Thatsache nicht widerlegen. Es seien die beregten Dinge derart, daß sie nicht ertragen werden können. Sie könnten beseitigt werden, wenn man nur katholische Soldaten zu jenen Dienstleistungen kommandirte, die schönste Lösung aber liege darin, wenn der katholische Hof darauf verzichtete, an den Prozessionen in der katholischen Hofkirche zu Dresden theilzunehmen. Die protestantischen Sachsen hätten immer treu zu ihren Fürsten gestanden und sie dürften deshalb hoffen, daß ihr evangelisches Gewissen berücksichtigt werde. So lange dies nicht geschehe, so lange würde auch die Prozessionsfrage in Sachsen nicht zur Ruhe kommen. (Beifall.) Hierauf sprach Herr Professor D. Drötzsch aus Heidelberg über die wissenschaftliche Lage der Theologie. Redner wies zunächst auf die allgemeine Umwälzung hin, welche sich auf dem Boden der Gesellschaft und Kultur in letzter Zeit vollzogen habe und zur Zeit sich noch vollziehe, und bezeichnete als Hauptquelle dieser Vorgänge die neue Wissenschaft. Sie habe also auch die herrschende religiöse Krisis erzeugt, welche nur richtig verstanden werden könne, wenn man vorher auf die Entwickelung der Wissenschaft und des Christenthums, sowie die Faktoren, welche darauf einwirkten, blicke. Diese Entwickelung schilderte der geistvolle Redner in ungemein anschaulicher Weise und kam dabei zu dem Schlusse, drei Leitsätze aufzustellen, deren wichtigster lautete: Jeder Theologe hat die Aufgabe, die großen wissenschaftlichen Veränderungen im allgemeinen Weltbegriff möglichst im religiösen Sinne zu deuten und fruchtbar zu machen.

— An Standgeld vereinnahmte die **Große Markthalle** auf dem Antonsplatze im vergangenen Jahre 130,071,54 Mk.